(Abgeordneter Dr. Zöphel.)

(A) die Sozialdemokratie hinweg an die deutsche Arbeiterschaft herangehen, indem wir vertrauen und Vertrauen erwecken, indem wir ihr das volle Wahlrecht geben. In dem Augenblick, wo die Sozialdemokratie aus der Lage befreit wird, in der sie sich augenblicklich befindet, ist sie auch des großen Zaubers nicht mehr mächtig, den sie früher besaß. Darin liegt das Geheimnis. Ich weiß, die Zwischenrufer glauben an nichts, was sie nicht errechnen können. Das ist ein Glück im Winkel, um das ich niemand beneide. Aber die Weltgeschichte hat erwiesen, daß die inneren Gewißheiten die einzig sicheren sind, gerade die, die man nicht errechnen kann. Wie in der Vergangenheit wird es auch in der Zukunft sein.

(Lachen rechts.)

Gewiß, der Herr Kollege Dr. Böhme lacht. Das ist nur ein Zeugnis für die Höhe seines staatsmännischen Erkennens. Jene Wahrheit wird auch für die Zukunft gelten, und in diese ganz klare Zuversicht wagen wir den Schritt. Wir glauben, daß wir keinen Fehltritt tun. Wir glauben, das Versöhnende, das ja auch die preußische Regierung zu ihrer Botschaft veranlaßt hat, wird den heilenden Einfluß auf unser inneres Leben ausüben und wird uns einer Zukunft entgegenführen, die ein einiges sächsisches Volk sieht, genau wie ein einiges preußisches, (B) ein einiges deutsches Volk. Lassen Sie mich mit einem Worte schließen des Dichters, dessen 60. Geburtstag man gestern gefeiert hat: „Groß denken vom Menschen, das ist die Kraft."

(Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bleyer.

Abgeordneter Bleyer: Meine Herren! Wenn ich die Anträge ablehne, so geschieht das nicht etwa, um mich in Widerstreit mit meinen Fraktionsfreunden zu setzen. Im Gegenteil, ich fühle mich mit der Begründung meines Herrn Kollegen Dr. Seyfert insofern verbunden, als er für seinen Wahlrechtsvorschlag ethisch-soziale Gründe betont. Aber wenn ich nicht weiterzugehen vermag, so muß ich das mit einigen wenigen Worten begründen. Soviel steht fest, daß die Anträge meiner Fraktion mit einem Macht- und Mandatshunger nichts zu tun haben. Im Gegenteil, wir würden aus dem zukünftigen Wahlkampf unter dem angestrebten neuen Wahlgesetz nur geschwächt hervorgehen. Wenn ich aber gleichwohl nicht nur passiv, sondern aktiv gegen die Beschlüsse Stellung nehme, so ist es nur der Ausfluß meiner Weltanschauung. Ich bin zu alt, als daß ich mich noch irgendwie auf eine politische Windrichtung einzustellen vermöchte. Ich bin (C) nicht imstande, allen politischen Formeln, die uns jetzt gepredigt werden, zu folgen. Wenn meine politischen Freunde meinen, daß nach dem Kriege eine große Verschiebung der Einkommensverhältnisse wahrscheinlich dazu führen wird, auch unter dem jetzigen Wahlrecht eine sozialistische Mehrheit herbeizuführen, gut, so werde ich für meinen Teil dies ruhig in Kauf nehmen. Ich meine sogar, daß mit einem Aufstieg zu den Mehrstimmen oder Vierstimmen doch ganz bestimmt nicht ein Niedergang, sondern doch nur ein Aufstieg der Arbeiterklasse verbunden sein dürfte. Nun wird behauptet, das gleiche Wahlrecht sei ein Wunsch, der auch von der Front zu uns hereinkomme. Nun, meine Herren, ich weiß nicht, ob diese Behauptung auch wirklich zutrifft. Vorläufig habe ich zu den sittlichen Kräften der mehrstimmigen Wähler mehr Vertrauen als zu denjenigen, welche unten am Boden haften bleiben. Ist das gleiche Wahlrecht unaufhaltsam, nun, so wollen wir die Folgen ruhig in Kauf nehmen. Übrigens könnte man, wie schon der Herr Minister angedeutet hat, und um den Vergleich des Herrn Kollegen Sindermann zwischen einstimmigen Einarmigen und vierstimmigen Kriegsgewinnlern gegenstandslos zu machen, den Kriegsbeschädigten ohne weiteres das vierstimmige Wahlrecht gewähren, es bedürfte hierzu nur einer Novelle zum jetzigen Wahlrecht. (D)

Nun das Verhältniswahlrecht! Meine politischen Freunde kennen selbstverständlich die großen Nachteile, die das Verhältniswahlrecht mit sich bringen wird. Für mich ist die Wirkung ausschlaggebend, daß Einkommen, Besitz und Bildung sich mit den Brocken begnügen müssen, die von dem Tische des gleichen Wahlrechtes abfallen werden. Das ist in Anbetracht, daß Einkommen, Besitz und Bildung das Rückgrat des Staates bilden, ein unerträglicher Gedanke.

Das gleiche Wahlrecht kommt also. In Preußen will man als Korrelat dagegen die Wahlpflicht einführen. Wenn irgendwie noch ein schäbiger Rest von Gemeinschaftsgefühl im Volke vorhanden ist, so wird es durch die Wahlpflicht vollends vernichtet werden.

Für das gleiche Wahlrecht werden die allgemeine Wehrpflicht und die von allen Bevölkerungsschichten gebrachten Blutopfer ins Treffen geführt. Ja, meine Herren, sind denn die Blutopfer nicht auch für unsere gesamte Arbeiterschaft gebracht worden? und müßte, wenn der Krieg für uns mit einer Niederlage enden würde, unsere Arbeiterschaft nicht in allererster Reihe darunter leiden? Es ist bereits, ich glaube von dem Herrn Kollegen Schmidt, gefragt worden, ob es denn wirklich gerechtfertigt sei, diejenigen, welche mit einem mehrstimmigen Wahlrecht

Sächsische Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden